

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/201

Bonn, den 3. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Was nun ?	65
	Nach der Überreichung der Denkschrift an die Menschenrechtskommission der UNO Von Kurt Mattick, MdB Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin	
3	General Walker in der Irrenanstalt	47
	In Augsburg fing es an - in Oxford sollte es weitergehen	
4 - 5	Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden	72
	Zur VII. kommunalpolitischen Bundeskonferenz der Sozialdemokratie in München Von August Kerger Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim Vorstand der SPD	
6 - 7	Um Frankreichs Zukunft	80
	Die Verfassungsschlecht hat begonnen Von unseren Korrespondenten in Paris, Georg Schöner	
	Chefredakteur Günter Markscheffel	

Was nun ?

Von Kurt Mattick, MdB  
Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Landesverbandes  
Berlin

Der erste Schritt ist getan. Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat den Vereinten Nationen eine Denkschrift und Beschwerde gegen die Verletzung der Menschenrechte an den Demarkationslinien innerhalb Deutschlands vorgelegt. Der Direktor der Menschenrechtskommission hat im Auftrag des Generalsekretärs das Dokument entgegengenommen. Eine vertrauliche Sitzung der Menschenrechtskommission wird sich mit der Eingabe beschäftigen und der aus dieser Sitzung entstehende Bericht wird allen Mitgliedern zur Verfügung stehen. Die Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes haben die deutsche Beschwerde als ihr ureigenstes Anliegen aufgegriffen. Sie sind bei der UNO assoziiert. Sie werden die Menschenrechtsverletzungen in Deutschland im zuständigen Ausschuss zum Gegenstand weiterer Beratungen machen. Es könnte dann soweit kommen, daß die zuständige Kommission das Ulbricht-Regime vor die UNO lädt. Hier wird dann die Bundesregierung alle Bremsen ziehen. Sie wird sich dabei auf die Viermächtebasis Berlins und die Viermächteverantwortung für Deutschland berufen. Als ob die Tatsache der Vernehmung eines Angeklagten dessen Position verändert, und als ob die Viermächtebasis ein Schutzschild für Menschenrechtsverletzung ist. Der amerikanische Gewerkschaftsvertreter bei der UNC, Lovestone, berichtete uns bei der Unterhaltung, daß die Vertreter Pekings aus ähnlichen Gründen vor einer Kommission der UNO erschienen waren und dabei eine klägliche Rolle spielten. Er setzte hinzu, er möchte Ulbricht bei der Rechtfertigung der Morde innerhalb deutscher Grenzen sehen.

Aber wenn es auch bis zu einem solchen Schritt nicht kommt, werden auf alle Fälle die 108 Mitglieder der Vereinten Nationen auf offiziellem Wege die Geschehnisse schriftlich vorgelegt bekommen und der Internationale Gewerkschaftsbund wird die Beschwerde im Wortlaut in seiner Monatsschrift für alle National-Organisationen in ihrer Sprache abdrucken. Das Gespräch über die Verletzung der Menschenrechte in Deutschland wird somit allerorts in Gang kommen. Es wird unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß jeder neue Tatbestand der Menschenrechtsverletzung innerhalb Deutschlands als zusätzlicher Bericht den

Mitgliedern der UNO zugestellt und in den freigewerkschaftlichen Zeitungen veröffentlicht wird, wir bringen das Gespräch in Gang gegen Ulbrichts Tyrannei und werden nicht locker lassen.

Ob das ausreicht? Wir glauben es nicht. Die Männer in Pankow werden unruhig werden und einen Gegenstoß versuchen. Gerade dieser Gegenstoß sollte uns veranlassen, alles zu unternehmen, um maßgebliche, politisch verantwortliche Menschen aus allen Ländern, die jetzt angesprochen sind, nach Berlin zu bringen. Dem Anschauungsunterricht hält immer nur unsere Beschwerde und niemals Ulbricht Verteidigung stand.

Wir wissen schon längst, daß Chruschtschow die Mauer nicht gefällt. Hier stoßen sich allzu sehr im Raum Propaganda und harte Tatsachen. Wer reiste schon in den letzten 40 Jahren in die Sowjetunion, um aus eigener Anschauung heraus ein fachgerechter Propagandist gegen das sowjetische System zu werden? Die Mauer in Berlin zeigt das wahre Gesicht.

Hier geht es nicht um Propaganda, sondern um Menschenschicksale. Wir halten es für möglich, daß der Vorstoß bei der UNO Ulbricht und seine schließlichen Menschen veranlassen könnte, sich etwas Zurückhaltung aufzuerlegen. Vielleicht ist dies die Zeit, wo man versuchen kann, auf dem Wege der Vernunft die Mauer und die Demarkationslinie mindestens soweit zu durchlöchern, daß ihr die härtesten Folgen der Unmenschlichkeit genommen werden.

Die UNO hat seit ihrer Existenz wenige Beschlüsse gefasst und noch weniger durchgesetzt. Wir versprechen uns von dem Schritt kein Allheilmittel, sondern die Basis für andere Schritte. Es ist möglich, daß die Sowjetunion in den kommenden Monaten das Berlin-Problem erheblich anheißt.

- \* Dann ist es möglich, daß, ohne daß wir es wollen, die UNO sich
- \* mit diesem Problem beschäftigt oder Chruschtschow es selber vor
- \* die UNO bringt. Auch unter dieser Voraussetzung war es wichtig,
- \* daß wir den ersten Schritt taten. Die Delegation der UNO mußte
- \* zur Kenntnis nehmen, daß alle diejenigen in New York und Washington,
- \* die für Deutschland mit verantwortlich sind oder denen das deutsche Problem am Herzen liegt, auf Initiativen der deutschen Bundesregierung warten; sie mußten weiter erfahren, daß
- \* die Verantwortlichen für unsere Freiheit an Verhalten der deutschen Menschen beiderseits der Grenzen ihre Position gestützt
- \* oder geschwächt sehen.

Die eigene Abwehr gegen Menschenrechtsverletzungen in der Gefahrenzzone der Katastrophe ist nur gerechtfertigt, wenn wir alle Wege versucht haben, dem Recht gegen das Unrecht Gehör zu verschaffen und dort um Unterstützung gebeten haben, wo international die Menschenrechte verteidigt werden sollten. Der Schritt bei der UNO war auch eine Mahnung und Warnung. Denn allzu straff gespannt zerspringt der Bogen.

### General Walker in der Irrenanstalt

In Augsburg fing es an - in Oxford sollte es weitergehen

sp - General Walker, bis Ende 1960 Divisionsgeneral der US-Truppen in der Bundesrepublik mit zeitweiligem Hauptquartier in Augsburg ist jetzt auf Antrag eines amerikanischen Gerichts in eine Irrenanstalt zwecks Untersuchung seines Geisteszustandes eingewiesen worden. Bekanntlich hatte sich General Walker anheischig gemacht, die Zivilbevölkerung Oxfords gegen die Bundespolizeitruppen und die Nationalgarde militärisch zu organisieren, um die Immatrikulation des ersten farbigen Studenten an der Staatsuniversität von Mississippi zu verhindern.

Schon in der Bundesrepublik hatte der damalige General unliebsames Aufsehen erregt. Durch eine Veröffentlichung im SPD-Pressedienst am 14. März 1960 wurde bekannt, daß im Befehlsbereich Walkers mit Poststempel Augsburg Flugblätter versandt wurden, in denen der Zionismus, die Freimaurer, der Vatikan, der Bolschewismus, das Judentum, die Jesuiten und die Neger für alles Unglück in der Welt verantwortlich gemacht wurden. "Interessenten" wurden aufgefordert, sich bei einer Adresse in Texas zu melden, wenn sie Anschluß an eine Organisation zur Bekämpfung aller aufgeführten Schändlichkeiten finden wollten. Auffallend war an diesem Flugblatt, daß es im schlechten Deutsch abgefasst war, die Merkmale einer amerikanischen Schreibmaschine hatte und auf Papier abgezogen war, das in den Büros der amerikanischen Armee verwendet wird.

Der SPD-Pressedienst schrieb damals:

- \* Man könnte meinen, das Schreiben sei von einem
- \* Irren verfasst worden. Da aber bekanntlich Ir-
- \* rungen und Verwirrungen die Grundlagen übler poli-
- \* tischer Brunnenvergiftung sind, sollten sich
- \* die zuständigen Stellen in der Bundesrepublik
- \* ernsthaft um die Ermittlung der Hersteller dieses
- \* Flugblatts bemühen ... ganz gleich, ob es sich
- \* bei den Absendern und Verfassern um Deutsche
- \* oder um Amerikaner handelt."

Diese Veröffentlichung des SPD-Pressedienstes wirbelte seinerzeit viel Staub auf; bei deutscher und amerikanischer Stellen. Zunächst wurde behauptet, das Flugblatt existiere überhaupt nicht. Dann wurde zart angedeutet, wir wollten die amerikanische Armee böswillig verleumdend und ihre Schlagkraft lähmen. Als jedoch immer mehr Flugblätter im Befehlsbereich des damaligen General Walker auftauchten, ließ sich eine strenge Untersuchung, gemeinsam geführt von amerikanischen und deutschen Stellen, nicht vermeiden. Das Ergebnis dieser Untersuchung war zunächst die Beurlaubung und schließlich die Pensionierung des jetzt im Irrenhaus sitzenden General a.D. Walker.

Die Regierung Kennedy ist zu beglückwünschen, dass sie unter anderem auch das seinerzeit in der Bundesrepublik gegen den damaligen General Walker während der Untersuchung über den Ursprung der erwähnten Flugblätter festgestellten Tatbestände nicht vergessen hat.

+ + +

## Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden :

Von August Kerger

Leiter der Kommunalpolitischen Zentralstelle beim  
Partei Vorstand der SPD

Zum achten Male nach 1945, und zwar am 11. und 12. Oktober 1962, treffen sich in München sozialdemokratische, ehrenamtlich und hauptamtlich tätige Kommunalpolitiker aus dem ganzen Bundesgebiet zu ihrer Bundeskonferenz. Diese Bundeskonferenzen finden in regelmäßigen Zeitabständen von zwei Jahren statt; die Ergebnisse ihrer Beratungen sind meist programmatische Bekundungen auf dem Gebiet sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Fast immer wird hier zu zeitnahen Fragen Stellung genommen und die praktische Tagesarbeit sozialdemokratischer Gemeindepolitiker erhält so eine richtungweisende Unterstützung.

### Unverminderte Sorgen und Schwierigkeiten

Auf den beiden letzten Kommunalpolitischen Bundeskonferenzen der SPD, sowohl in Mainz wie auch in Mülheim/Ruhr, ist sehr eingehend und eindringlich ganz besonders auf die Schwierigkeiten hingewiesen worden, denen sich die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gegenübersehen. Wenige Tage vor der Konferenz in München kann leider nur festgestellt werden, daß die Sorgen und die Schwierigkeiten der Gemeinden in unvermindertem Maße fortbestehen, ja, daß sie noch größer zu werden drohen. Die schon vor Jahren gefundenen einfachen aber treffenden Formulierungen: "Der Bund läßt die Gemeinden im Stich" und "Die Gemeindefreiheit ist bedroht" sind keine demagogischen Schlagworte, sondern bittere Wahrheiten. Sie sind heute noch so aktuell wie damals, und hinzu kommt jetzt das Gefühl von der minder gerechten Behandlung der Gemeinden überhaupt. Wichtige Gemeinschaftsaufgaben können nicht mehr erfüllt werden.

### Vertrauen in die sozialdemokratische Kommunalpolitik

Erfreulich groß ist aber das Vertrauen, das der Gemeindebürger als Wähler den sozialdemokratischen Kommunalpolitikern trotz aller Schwierigkeiten schenkt; sozialdemokratische Leistungen in den Gemeinden sprechen eben für sich und sind beispielhaft. So haben auch die letzten Kommunalwahlen selbst unter Berücksichtigung veränderter Mehrheitskonstellationen an manchen Orten gezeigt, daß die Einflußnahme der sozialdemokratischen Kommunalpolitik immer größer wird und insbesondere in den ländlichen Gebieten an Boden gewinnt. Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl und einiger Landtagswahlen unterstreichen nur noch das unaufhaltsame Anwachsen der Sozialdemokratie.

### Das Tagungsprogramm in München

Schon jetzt beläuft sich die Zahl der Anmeldungen auf über anderthalbtausend Teilnehmer, die sich am 11. und 12. Oktober im Deutschen Museum in München zur VIII. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD versammeln werden.

Nach einem Grußwort des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer wird Bundestagsvizepräsident Erwin Schoettle, Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses beim Vorstand der SPD, die Konferenz offiziell eröffnen. Prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben bereits ihr Erscheinen zugesagt.

#### Hauptthema: Mehr Gerechtigkeit für die Gemeinden

Nach Eröffnung und Begrüßung spricht unter Anlehnung an das Leitthema der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Andreas Urschlechter über "Kommunale Selbstverwaltung in unserer Zeit" und am Nachmittag der frühere Stadtkämmerer von Hannover und jetzige Staatssekretär im niedersächsischen Finanzministerium Dr. Siegfried Heinke über "Kommunale Finanzreform als staatspolitische Aufgabe". Beide Themen sind Kernstücke der grundlegenden Ausführungen auf dieser Konferenz.

#### Öffentliche Kundgebung

Der erste Tag der Bundeskonferenz wird am Abend abgeschlossen mit einer öffentlichen Kundgebung im großen Saale des Bürgerbräukellers in München, auf der unter anderem der Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München, Bürgermeister Dr. Paul Neumann, Hamburg und Ministerpräsident a.D. Dr. Wilhelm Hoegner das Wort ergreifen.

#### Die Arbeit in den Arbeitskreisen

Am Morgen des 12. Oktober beginnt die Arbeit in den Arbeitskreisen. Im Arbeitskreis I wird Oberbürgermeister Dr. Ludwig Engel aus Darmstadt über "Staat und Gemeinden" sprechen, dessen bedächtigsten Ausführungen auf der Kommunalpolitischen Bundeskonferenz in Mainz wohl noch in bester Erinnerung sind. Den Vorsitz im Arbeitskreis I führt der Bürgermeister der jungen, aufwärtsstrebenden und wegen ihres kommunalen Avantgardismus bekannten westfälischen Gemeinde Marl, Rudolf Heiland, MdB. Im Arbeitskreis II befasst sich Beigeordneter Max Henning, Oberhausen, mit dem Thema "Gemeinde und Bürger"; hierbei führt den Vorsitz die Hannoveraner Ratshorrin Dr. Lore Henkel. - Zum Problem der "Kommunalen Finanzen" wird im Arbeitskreis III der Kieler Oberbürgermeister Dr. Hans Müthing sprechen, dem wie dem Vorsitz in diesem Arbeitskreis, Stadtkämmerer Erwin Nielschky aus München der Ruf ganz besonderer Sachkenntnis vorausgeht. - Schließlich werden im Arbeitskreis IV die Probleme der kleinen Gemeinden angesprochen. "Die Stärkung der Wirkungskraft der kreisangehörigen Gemeinden" wird der junge und tatkräftige Gemeindegeldredirektor Karl Wienand MdB aus Schladerm an der Sieg als dringliche Forderung herausstellen. Hier hat den Vorsitz der Hildesheimer Oberkreisdirektor Ernst Kinker übernommen.

Eine interessante Note in den Kongress bringt am Nachmittag die Vorführung ausgewählter kommunaler Filme, die einen Einblick in einen Teil der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit geben.

## Um Frankreichs Zukunft

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Wie vorauszusehen, steht Frankreich nach der Beendigung des nordafrikanischen Krieges im Zeichen eines Verfassungskampfes. Die alte Staatsverfassung der 4. Republik hat dem algerischen Drama nicht standgehalten. Aber auch die 5. Republik ist erschüttert. Die Rechtsopposition drängt nach nationalistischer Revanche. Die Linksoption fordert soziale Reformen und Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie.

Hier setzt de Gaulle mit seinen alten Reformplänen ein. Von Anfang an schwebte ihm eine autoritäre Republik vor, nicht weit entfernt von einer antiken Diktatur römischen Stils. Seine erste provisorische Regierung führte er während des Krieges und in den ersten Nachkriegsjahren mit souveräner Würde. Sozialisten, Kommunisten und Konservative standen ihm in der damaligen Notzeit zur Seite. Dieses Burgfriedensideal zerbrach 1946/47 mit der Wiederkehr normaler Zustände. De Gaulle zog sich in den Schmollwinkel zurück und bereitete sein Comeback vor: "Sie werden mich noch brauchen".

### Empiriker de Gaulle

Und tatsächlich, man brauchte ihn in der Todesstunde der 4. Republik, im Mai 1958. Man weiss, dass der General in Colombey-les-Deux-Eglises nicht ganz untätig war, den Sturz der 4. Republik zu beschleunigen und der "Parteienwirtschaft" ein Ende zu setzen. Nicht zufällig jubelten die rechteradikalen Ultras ihm zu; sie erwarteten von de Gaulle die Liquidierung der Republik, die Errichtung eines autoritären Ständestaates und vor allem die Aufrechterhaltung französisch-Algeriens.

De Gaulle erwies sich aber seit seiner Rückkehr zur Macht als Empiriker. Viele alte Theorien wanderten, unter dem Eindruck der tatsächlichen Verhältnisse und Kräfte zum alten Eisen, so die "Algérie Française" der "deutsche Erbfeind" der autoritäre Ständestaat. De Gaulle entpuppte sich (im Feuer der Kolonialrevolution) als Bahnbrecher der Entkolonialisierung, er erweist sich (im Strom der europäischen Entwicklung) als Pionier der französisch-deutschen Einigung, schliesslich zeigte er sich (unter dem Druck der demokratischen Opposition in allen Schichten und Kreisen der französischen Bevölkerung) als scheinbarer Verfechter der demokratischen Freiheiten.

### Befürchtungen nur teilweise bestätigt

In der Tat, die im Juni 1958 gehegten Befürchtungen haben sich nur teilweise bestätigt. Die Freiheiten der Presse und der Gewerkschaften wurden weitgehend gewahrt. Die rechtsradikalen Putschisten befinden sich entweder im Gefängnis, im Untergrund oder im Exil. Sie betrachten de Gaulle als "Verräter" an ihrer Sache.

De Gaulles Abkehr von den "Idealen" des 13. Mai 1958 bedeutet aber keineswegs eine Hinkehr zur parlamentarischen Demokratie. Im Gegenteil, der General sieht jetzt erst recht die Gelegenheit, seine eigene, seit langem geplante Staatsreform durchzusetzen, sozusagen als Belohnung für geleistete Dienste: Ihr habt mich geholt, das brennende Haus zu retten, die Flammen zu löschen. Der algerische Brand ist gelöscht, die unmittelbare Gefahr des Bürgerkrieges ist abgewehrt. Nun aber lasst uns Einrichtungen und Vorrichtungen schaffen, die das gemeinsame Haus für immer vor Katastrophen bewahren: die autoritäre Republik.

### Konstruktive Opposition möglich?

Seine These: Der Parlamentarismus "alten Stils" ist die Ursache aller französischen Übel. Schon die 3. Republik brach 1940 unter den Stößen des deutschen Vormarsches zusammen; de Gaulle sah schon als Chef der Exilregierung die Notwendigkeit einer neuen, autoritär geführten Republik. Die 4. Republik scheiterte 18 Jahre später am Kolonialdrama, wieder infolge der "Parteienwirtschaft".

Die Opposition gegen de Gaulles Pläne ist heute grösser denn je. Ist sie aber stark genug, um sich auch tatsächlich durchzusetzen? Genügt die Ablehnung? De Gaulles Stärke liegt in der Uneinigkeit seiner Gegner. In allen oppositionellen Parteien gibt es auseinanderstrebende Tendenzen: Die einen wollen zurück zur parlamentarischen Demokratie alten Stils, die anderen anerkennen die Notwendigkeit einer Präzidentenrepublik, verlangen aber gleichzeitig ein parlamentarisches Gegengewicht nach amerikanischem Muster, Garantien gegen eine "Monokratie". Die nächsten Tage werden zeigen, ob eine konstruktive Opposition zustandekommt.

### Die Rolle der Kommunisten

Die Franzosen haben seit Napoleon Bonaparte mit Diktatoren und Diktaturenwärtern schon genügend schlechte Erfahrungen gemacht und wollen, dass das gegenwärtige Regime ein kurzer Ausnahmefall bleibt. Instinktiv wehren sie sich gegen ein System, das dem Nachfolger de Gaulles die gleichen oder noch weitergehende Vollmachten einräumt. Hinzu kommt schliesslich die Abneigung gegen die direkte Volkswahl des Präsidenten in einem Land, in dem fünf Millionen kommunistische Stimmzettel (ein Viertel der französischen Wählerschaft) als "Zünglein an der Waage" die Staatsspitze entscheidend beeinflussen und festlegen könnten. - Es ist möglich, dass de Gaulle indirekt auf die KPF "setzt", weil er annehmen kann, daß Moskau der eigenwilligen und die Zusammenarbeit in Europa und in der NATO hemmenden General lieber an der Spitze Frankreichs sieht, als die "Europäer". Es ist daher noch nicht ganz sicher, ob trotz des offiziellen Vetos der KPF gegen die Verfassungsänderung alle kommunistischen Wähler tatsächlich mit NIKF stimmen werden ...